

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

103 (5.5.1914)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abon-
nementspreis: Zugestellt monatl. 75 h, vierteljährl. 2,25 h; abgeholt monatl.
85 h; am Postfach Nr. 2,10 h, durch den Briefträger 2,52 h vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 h. Lokalinserate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gled & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Die Stellung des badischen Landtags zu Minister Böhm.

Der Zentrumsabgeordnete Ködel als Religionslehrer.
Eine Einerseits-Andrerseits-Rede des nationalliberalen Parteiobmanns Ködel nach Art eines Religionslehres des Genossen Kolb mit Regierung und Parteien.
In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde mit der Volksschuldebatte fortgefahren. Im Vorbergrunde standen dabei die in den letzten Tagen aufgeworfenen Streitpunkte. In langatmigen Ausführungen suchte der Zentrumsabgeordnete Ködel nach Art eines Religionslehrers das Anrecht der Kirche auf die Schule zu beweisen, um dann mit einem tendenziös ausgelegten Zitatenballast gegen die religionslose Moral zu polemisieren. Einen prächtvollen Citatenschatz führte der nationalliberale Abgeordnete Ködel in an, vor der Mitwirkung der Kirche in der Schule für unbedingt notwendig hält. Den Antrag dieser Fraktion lehnt die nationalliberale Fraktion ab; dabei in der Begründung dieser ablehnenden Haltung den Gipfel der nationalliberalen Logik erklommend. In längerer Ausführungen ging alsdann der nationalliberale Parteiobmann auf schultechnische Fragen ein, so ein bequemes Mittel findend, politischen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen.

Den Höhepunkt der gestrigen Sitzung bildeten die glänzenden Ausführungen des Genossen Kolb, der in einer wirkungsvollen Rede, die wohl mit zu den vorzüglichsten gehörte, die überhaupt auf diesem Landtage gehalten wurden, den Standpunkt der Fraktion zu den akuten Streitfragen präziserte, dabei mit der reaktionären Haltung des Ministers in wichtiger Auseinandersetzung ab-rechnend. Die feinen Pointen, mit denen die Rede des sozialdemokratischen Redners durchsetzt war, kitzelten allseits auf lebhafteste Heiterkeit. In atemloser Stille lautete das Haus, als Genosse Kolb erklärte, daß der Großblock für die sozialdemokratische Partei erledigt ist, wenn das Zentrum die Nationalliberalen als bündnisfähig erklärt. Beim Zentrum erregte es lebhafteste Unruhe, als ihm vorgehalten wurde, wie schlecht es um seine Tolerosanz bestellt sei, indem es für die Kirche alle Rechte beansprucht, diese anderen religiösen Anschauungen aber verweigere. Den Schluß der im Landtagsbericht im Wortlaut veröffentlichten Rede des Genossen Kolb — den übrigens der heute erstmalig präsidierende 2. Vizepräsident Venedey auffällig häufig glaubte zurückweisen zu müssen — bildete die bei allen Genossen sicher Zustimmung findende Erklärung, daß je mehr der Minister die Sozialdemokratie schikaniere, umso besser sie gedeihen werde. Denn durch Kampf ist die Sozialdemokratie groß geworden!

66. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.
gr. Karlsruhe, 4. Mai.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr.
Am Regierungstisch: Minister Dr. Böhm und Kommissare.

Eingänge: Petition des Eisenbahnkomitees der beteiligten Gemeinden wegen Erbauung einer Bahn von Engen nach Nenzingen und über Ludwigsbaf; Resolution einer in Gengenach stattgefundenen Interessentenversammlung gegen die Petition des bad. Bäckermeisterverbandes in Betreff des vollfreien Verkehrs an der badisch-schweizerischen Landesgrenze. Ferner ging ein Schreiben des Großh. Ministeriums des Innern mit einem Gesetzentwurf, die Abänderung des Religionsgesetzbuchs betr., sowie ein Schreiben des Großh. Ministeriums des Innern, womit in Ergänzung der Denkschrift über die Einführung der Verhältniswahl ein Abdruck der Volksliste des schweizerischen Bundesrats vom 16. März 1914, betreffend das Volksbegehren um Einführung der Verhältniswahl für die Wahlen in den schweizerischen Nationalrat, mitgeteilt wird. Fortsetzung der Beratung über den

Voranschlag der Volksschulen.

Abg. Ködel (Zentr.) fährt mit seinen Ausführungen vom letzten Freitag fort. Es ist früher schon ausgeführt worden, daß die Kirche ein Naturrecht habe, Religionsunterricht zu erteilen. Sie muß auch ausziehen, die Kinder zu belehren. Außerdem hat sie aber auch ein historisches Recht. Der Klerus war von jeher der Lehrer des Volkes. Der Lehrerstand erwuchs aus dem Priesterstand. Daraus entstand das Verhältnis von Kirche und Schule. Die Kirche ist also niemals bildungsfeindlich gewesen; sondern hat sich ein Anrecht auf die Schule erworben. Der Abg. Dr. Frank erkannte einmal die früheren Verdienste der Kirche um die Schule in einer Rede an. Die Kirche hat dabei ein Recht, gegen alle Strömungen aufzutreten, die auf eine Beseitigung des Religionsunterrichtes in der Kirche hinauslaufen. Wir müssen uns daher gegen den Antrag unserer wenden. Der Staat hat die Pflicht, für den Religionsunterricht zu sorgen. Die vom Abg. Fehrenbach ausgesprochene Möglichkeit der Befreiung vom Religionsunterricht darf nicht gefahrlas festgelegt werden. In jungen Jahren kann einmal ein Mann in seinem Glauben wandern, in reiferen Jahren werden jedoch Austerie seltener und die Religion wird gepflegt. Die mangelhafte Kenntnis der Religion ist vielfach die Ursache des Ungläubens. Der Geistliche hat nicht das schönste Leben. Er muß viel arbeiten. (Abg. Kolb: In der Wahlgitation. Große Heiterkeit.) Der Geistliche hat die reli-

giöse Moral in der Schule zu überwachen. Die religionslose Moral übermittelt nicht die Existenz Gottes. Diese Ansichten kann jedoch der heutige Staat nicht aufkommen lassen. Der Redner polemisiert gegen Riechle und Hädel und sucht die Bedeutung der christlichen Moral nachzuweisen. Er wendet sich gegen die religionslose Moral. Wenn es keine Religion gibt, gibt es auch keine Moral. Zur Stärkung des Charakters ist das Christentum nötig. Mit der religionslosen Moral ist deshalb nichts anzufangen. Gegen die sexuelle Aufklärung in der Schule liegen Bedenken vor. Die Jugend soll möglichst lange vor der Kenntnis der sexuellen Vorgänge bewahrt bleiben. Die sexuelle Aufklärung muß vorsichtig gehalten sein. Die Volksschule ist nicht der richtige Ort für sexuelle Aufklärung. Das religiöse Gesichtspunkte berücksichtigende Vorschlag des Karlsruher Schulrates Dr. Paull, „Halte Deine Jugend rein!“ ist jedem Abiturienten zu empfehlen.

Abg. Nebmann (Nat.): Vielen Sätzen des Abg. Ködel können wir uns anschließen. Bei seinem Weitergang können wir ihm jedoch nicht folgen. Die Schulverhältnisse lagen bei uns vor 60-70 Jahren noch sehr trüb, sodaß wir sagen müssen, die Volksschule hat gute Fortschritte gemacht. Daran ist der Staat und der durch den Staat eingeführte Schulzwang schuld. Der Staat hat daher auf Grund seiner Arbeit ein Recht auf die Schule. Der Staat soll daher Herr in der Schule sein. Wir wollen jedoch die Mitwirkung der Kirche nicht ablehnen. Deshalb wollen wir an den gegenwärtigen Zuständen nichts geändert wissen. Es ist keine Unterlage gegeben, daß das Volksschulgesetz geändert werden muß. Es ist weiter nichts vorgekommen, als der Fall Gall. Es ist daher keine Notwendigkeit für den Antrag unserer gegeben. Wer keinen Religionsunterricht erteilt, erfüllt die Forderungen des Gesetzes nicht! Durch den Antrag unserer wäre allerdings die Schwierigkeit behoben. Wir wollen jedoch diese Konsequenz nicht, da wir an den bisherigen Zuständen festhalten. Wir wollen auch nicht die Trennung von Schule und Kirche. Andererseits wollen wir auch keinen Gewissenszwang auf die Lehrer. Deshalb halten wir die jetzige Praxis für die beste, daß der Staat scheidet, die in einem gewissen Konflikt getreten, andererseits zu beschäftigen. Wir begrüßen es, daß der Minister erklärte, nachzutragen, wenn einem Lehrer die *miffo canonica* entgegenwid. Die Gewissensfreiheit darf jedoch nicht zur Ursache eines Privilegs werden, daß Lehrer deshalb in die Stadt kommen. Mit der Haltung des Ministers gegenüber dem Disziplinparagrafen sind wir nicht einverstanden. Der Disziplinparagraf ist die Quintessenz des Schulgesetzes und das Ergebnis einer langen Praxis. Eine strenge Haltung in dieser Hinsicht ist kein wirksames Mittel gegen die Austrittsbewegung. Den wohlmeinenden Gedanken Redner auf Einführung des Religionsunterrichtes in der Fortbildungsschule kann ich wohl anerkennen. Es bestehen jedoch Bedenken, ob gerade in diesem Alter ein Zwang angebracht ist. Es ist jedoch schwierig, die Lehrer zu beschäftigen. Selbst der gewiß nicht radikale preussische Staat begie hier Bedenken. Der Antrag der Konservativen auf Übernahme der Lehrertarifen auf den Staat greift in die Selbstverwaltung der Gemeinde ein. Der Antrag der Konservativen entkamte der Debatte des Bundes der Landwirte. Ich würde es für ein schweres Unglück halten, wenn Schule und Gemeinden auseinander kämen. Der Abg. Ködel sollte daher die Schulordnung nicht nur mit den Augen des Gemeindeforwärtigen ansehen. Was den Antrag Dr. Frank auf Aufhebung des Schulgeldes betrifft, so bin ich dafür, daß der Staat die Kosten für solche Schulen übernimmt, deren Besuch er zwingende vorgeschreibt. Den Antrag Frank lehne ich jedoch ab, einmal aus finanziellen Gesichtspunkten, dann deshalb, weil ich die jetzige natürliche Entwicklung auf allmählichen Wegfall des Schulgeldes nicht unterbinden will. Der Redner geht auf die Ausbildung der Lehrer ein; wobei er für spätere höhere Ziele erwünscht. Die Vergütung der Lehrer bildet ein schwerwiegendes Kapitel. Der badische Volksschullehrerstand hat die sittliche Kraft, die zur Ausübung seines Berufes nötig ist. Ich bin dem Gedanken nicht abgeneigt, die Zahl der Schulaufsichtsbeamten zu vermehren. Die Einführung der Ganztagschule heißt auf Schwierigkeiten. Der Kombinationsunterricht wird allgemein ungenutzt geblieben. Am Lehrplan lassen sich keine Streichungen vornehmen. Wir verlangen einen guten Lehrerstand, eine Schule, die sowohl auf geistigem wie auf sittlichem Ziele das Beste leistet. Für diese Sittlichkeit ist jedoch der Religionsunterricht nötig. Die Pflanzenschule muß in der Schule anerkannt werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kolb (Soz.):

Während der Rede des Herrn Abg. Ködel hat man beinahe den Eindruck gewinnen können, als habe sich der badische Landtag in eine Schule verwandelt und als habe der Herr Kollege Ködel uns Religionsunterricht erteilen wollen. (Sehr richtig! links.) Was zunächst die prinzipiellen Forderungen betrifft, die meine Partei auf dem Gebiete der Volksschule zu erheben hat, so hat darüber mein Kollege Geis schon sehr ausführlich gesprochen, und ich werde mich damit deshalb kurz befassen. Wir haben jedoch von Herrn Nebmann am Schluß einige Worte über die Bedeutung der Volksschule gehört. Ich muß da aber doch meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß diese Erkenntnis von der großen Bedeutung der Volksschule in den Kreisen der nationalliberalen Partei um ein halbes Jahrhundert zu spät gekommen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit rechts.) Denn

wenn die nationalliberale Partei früher,

wo sie hier die absolute Macht gehabt hat, wo die Minister ihr ohne weiteres untertan waren, die Volksschule mit dem Geist beauftragt hätte, wie das heute der Herr Kollege Nebmann getan hat, dann hätten wir in Baden heute eine ganz andere Volksschule, dann würden wir auf diesem Gebiete wahrhaftig an der Spitze der sämtlichen deutschen Staaten marschieren. Warum ist unsere Volksschule so vernachlässigt worden? Warum hat man 70 Jahre lang so rein gar nichts für unsere Volksschule getan? Aus dem einfachen Grunde, weil

unser ganzes Schulsystem auf einer völlig falschen Grundlage aufgebaut ist; weil wir nicht die Einheitschule als Basis für unser Schulwesen überhaupt haben; weil die Kinder der Besitzenden nicht gezwungen sind, die ersten Jahre in der Volksschule zu verbringen mit den Kindern der Nichtbesitzenden. Wäre das der Fall gewesen, dann wären die Besitzenden selbst auch in dem Maße am Gedeihen und am Wohlstand der Volksschule interessiert gewesen, wie das bei den Nichtbesitzenden der Fall ist. So aber hatten die Besitzenden kein erhebliches Interesse am Ausbau der Volksschule, und die Folge davon war, daß in der Hauptsache die reichen Mittel für unsere Hochschulen und für unsere Mittelschulen Verwendung gefunden haben. Wenn man weiß, welche ungeheure Bedeutung heute auch die Bildung des Arbeiters, des Landwirts, des Handwerkers im weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampf hat, dann sieht man einfach vor einem Rästel, wenn man sieht, wie wenig der Staat auch heute noch auf dem Gebiete der Volksschule tut. Wenn so außergewöhnliche Verhältnisse vorliegen, wie das bei unserem Volksschulwesen infolge der großen Sünden der Fall ist, dann müssen auch außergewöhnliche Mittel zu Anwendung kommen, um diese Sünden der Vergangenheit wieder gut zu machen. Aber man gibt weder den Lehrern was notwendig ist, noch gibt man der Schule das, was notwendig ist. Das Tempo, in dem hier vorgegangen wird, ist das Schnecken tempo; es ist viel zu langsam, es müßte hier ungleich mehr geschehen. Was

die Halbtagsschule

betrifft — wir sind ja in Baden noch einer der wenigen Staaten in Deutschland, die die Halbtagsschule haben — so hat der Herr Kollege Nebmann gemeint, daß die Zeit für die Beseitigung der Halbtagsschule nicht gerade günstig sei. Ich kann diesen Standpunkt nicht teilen. Ich sehe gar nicht ein, warum das, was in Württemberg und anderen Staaten möglich ist, in Baden unmöglich sein sollte. Das darf nie ein Grund sein, dem Volk eine ungenügende Bildung mit auf den Weg zu geben, weil die Eltern nicht die genügende Einsicht in die Notwendigkeit dieser Bildung haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was den Lehrplan betrifft, so sind die Klagen darüber, daß der Lehrplan zu überlastet sei, durchaus hinfällig. Die Klagen sind darin begründet, daß wir zu wenig Lehrer haben, weshalb die einzelnen Lehrer überlastet sind. Warum geht es denn in anderen Staaten besser? Es ist eben dort anders, weil man für die Volksschule in diesen Ländern in anderer Weise gesorgt hat als bei uns in Baden. Die Kinder der Eltern, die die Volksschule besuchen, sind nicht weniger begabt, als die Kinder der Eltern, die das Schulgeld für die höheren Schulen bezahlen können. Im Gegenteil! Man macht ganz andere Erfahrungen. Wenn das alles Intelligenz wäre, die auf den höheren Schulen und den Akademien sitzen, so müßte es auch im heutigen Staate anders aussehen und auch auf der Ministerbank müßte es manchmal anders aussehen. (Große Heiterkeit.) Ich möchte auch dem Gedanken mit aller Entschiedenheit entgegen treten, daß wir in absehbarer Zeit zu viele Volksschullehrer hätten. Denn wenn wir in der Schule weiterkommen wollen, dann brauchen wir noch sehr viele Lehrer und brauchen noch sehr viele Schulkäufer. (Zwischenruf des Abg. Müller-Eppingen.) Vizepräsident Venedey bittet, Zwischenrufe zu unterlassen. Mit Konservativen kann ich mich nicht über diese Frage unterhalten; mit den Herren von dort drüben erit recht nicht! (Heiterkeit links.) Das Elementarunterrichtsgesetz darf nicht das Ende der Verhältnisse auf dem Gebiete der Volksschule sein, und ich verziehe gar nicht, wie unsere Birgermeister, die hier vertreten sind, einen solchen Standpunkt einnehmen können. Gehen doch gerade sie das allergrößte Interesse daran, daß die Volksschule etwas Lichtiges, etwas Großes leistet. Gerade die Landwirtschaft hat es am aller-notwendigsten, daß unsere Volksschule etwas mehr leistet, als sie bisher geleistet hat. Nun möchte ich mit einigen Worten auf

unseren Antrag

zu sprechen kommen. Wir haben verlangt, daß das Volksschul-geld an sämtlichen Volksschulen aufgehoben werden soll und daß für arme Gemeinden, die durch die Aufhebung des Schulgeldes einen finanziellen Nachteil erleiden, der Staat Schul-dotationen gewähren soll. Der erste Teil des Antrages ist von verschiedenen Rednern unterstützt worden. Auch der Herr Kollege Nebmann hat seine prinzipielle Geneigtheit für diesen Antrag kundgegeben. Er hat allerdings dann wieder einen Purzelbaum geschlagen. (Heiterkeit) und alle möglichen Bedenken gebracht.

Vizepräsident Venedey: Ich halte diesen Ausdruck aber wirklich für nicht ganz zulässig!

Abg. Kolb (fortfahrend): Er war nur bildlich gemeint. (Große Heiterkeit.) Unser Antrag bezweckt gar nichts anderes, als die Entwicklung zu beschleunigen. Es gibt eine ganze Reihe von Gemeinden, wo man es für vollständig selbstverständlich hält, daß der Gemeindefiskus aus der Gemeindefiskus unterhalten wird, wo sich aber die Leute mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß das Prinzip der Unterhaltung auf Gemeindekosten auf die Schule angewendet wird. Deshalb verlangen wir, daß hier von Staats wegen eingegriffen wird und, wenn armen Gemeinden daraus finanzielle Lasten erwachsen, der Staat unter Umständen mit Schuldotationen eingreift. Was den Antrag der rechts stehenden Vereinigung betrifft, so ist er, wie ja schon früher hervorgehoben worden ist, eine Anleihe, die man bei uns oder bei der fortschrittlichen Volkspartei gemacht hat. Das kommt wohl daher, weil in der rechtsstehenden Vereinigung Leute sitzen, die früher dieser Seite des Hauses näher gestanden haben wie der anderen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Allein, so gut das Prinzip ist, das in dem Antrage selbst enthalten ist, so wenig sind wir in der Lage, dem Antrage zuzustimmen, insbesondere nach seiner Begründung. Wir persönlich stehen auf dem Standpunkt, daß die Volksschule in ihrer heutigen Gestalt aufgehoben und an ihre Stelle die reine Staatschule gesetzt werden soll. Nun aber verlangt der Antrag der Konservativen nicht etwa, daß die Staatschule eingeführt wird und der Staat sämtliche Volksschulschulden auf sich nimmt, sondern der konservatieve Antrag verlangt — insbesondere nach seiner Begründung — durch den Herrn Abg. Hertle — nichts anderes, als daß

te 8.
clach.
16.
Baden
regungssag
soll können
täglich
lsruhe.
straße.
ortschach
soll von
Schweizer.
Schwäbzel
Bretter hier,
Heidelberga.
Eduard, B.
fist Weber.
ffizient. —
udwig, B.
8 Jahre,
17 Tage,
69 Jahre,
lum, Zug-
bredit, ali
— Gerda,
fer.
egenheit
teute
n mit Ra-
foster und
en, Ra-
mode mit
Spiegel-
gelehrant,
e 1888.
4 Möbe-
1 Ködner-
st um den
495 M.
568
tenhaus
dt,
e 85.
nu.
847
üge
Mk. 3.80
Mk. 5. —
Mk. 5. —
behtung.
noch
Rahatt.
ein
nstr. 25.
auf fort-
u-
u-
e Säden,
3071
wab
85.
606
endstisch
II.

die Schulkosten, die heute die Landgemeinden für die Volksschule aufzubringen haben, auf die Städte gewälzt werden, die überdies ihre eigenen Volksschulkosten selbständig zu bestreiten haben. Das ist ein echt agrarischer Antrag. (Lebhafter Widerspruch bei der rechtsstehenden Vereinigung.) Der Herr Kollege Fischer befreit das. Ich weiß nicht, ob er der Vater dieses Antrages ist oder der Herr Abg. Hertle. Wenn Herr Fischer der Vater ist, so muß er sich bei dem Herrn Abg. Hertle bedanken, der den Antrag dann allerdings durch seine Begründung vollständig verflümmelt hat! Wir behalten uns im übrigen vor, einen anders formulierten Antrag im Laufe der Debatte noch einzubringen. Was das Prinzip der Schulgelddisziplin betrifft, auf das ich noch mit einem Worte zu sprechen kommen will, so hat der Herr Minister Dr. Böhm u. a. eine Gegnerschaft gegen dieses Prinzip dadurch bezeugt, daß er gesagt hat, er halte eine Verzögerung des Schulgelbes schon bedauerlich für notwendig, um eine Linderung des Pflichtgefühl der Eltern hintanzuhalten. Dahinter steht absolut nichts. In zwei Dritteln der Landgemeinden und in allen Städten hat man das Volksschulgeld aufgehoben. Ist da etwa die Befürchtung des Ministers eingetreten? In gar keiner Weise. Und nun, meine Herren, gestatten Sie mir, auf den Gegenstand zu sprechen zu kommen, der ja im Mittelpunkt der ganzen Schuldebatte steht, auf den

Antrag Muser u. Gen.

beglücklicht des Zusatzes zum § 40 unseres Elementarunterrichtsgesetzes. Dieser Antrag fußt durchaus auf dem Boden der Bestimmungen unserer Verfassung. Nach unserer Verfassung soll in unserem Lande der Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit gelten. Nun, ist dieser Grundsatz zwar in der Verfassung klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Aber er ist in der übrigen Gesetzgebung niemals konsequent und logisch durchgeführt worden (Sehr richtig! links), und daran framen wir. Der Liberalismus ist in diesen Dingen auf halbem Wege stehen geblieben, er hat vor seinen eigenen Grundprinzipien Angst bekommen und infolgedessen einen Zustand geschaffen, der zu

fortwährenden Konflikten zwischen Staat und Kirche

führt. Die Folge dieses Zustandes ist eine kolossale religiöse Heuchelei, namentlich in den oberen Schichten unseres Volkes. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, dieselben Leute, die in den Parlamenten und außerhalb der Parlamente in den höchsten Ämtern, mit dem größten Pathos über die Bedeutung der Religion für das öffentliche Leben und das Kulturleben sprechen, die nehmen es in ihrem Privatleben mit diesen Dingen nicht so sehr genau. Auch unsere Minister nicht (Große Heiterkeit.) Man hört sie hier pathetisch über die große Bedeutung der Religion und der Kirche sprechen. Wer haben Sie schon einen unserer

Wohlwollenden Minister bei einer Fröhenlehnungspraxis

gesehen? (Große Heiterkeit.) Gehen Sie an den gewöhnlichen Sonn- und Feiertagen in die Kirche: Mit dem größten Ernste denken Sie keinen der katholischen Minister! (Erneute Heiterkeit.) Höchstens, wenn Großherzog oder Kaisers Geburtstag ist, wenn es sozusagen eine Anstandsfeier ist, auch einmal in die Kirche zu gehen, da sind sie da, und da sehen sie sich in die Vordersteiben. (Stürmische Heiterkeit.) Wer so von der Kirche und von der Bedeutung der Religion redet, wie hier gesprochen worden ist, der muß auch den Pflichten, die die Kirche und die Religion vorschreiben, in vollem Umfange nachkommen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), der darf sich nicht auf den Standpunkt stellen: Für das Volk für das gewöhnliche Volk ist die Religion gerade noch gut genug. Wir sind über diese Dinge ja längst hinausgekommen. (Abg. Dr. Schöfer: Sie reden ja wie ein Kapuziner! — Heiterkeit im Zentrum.) Ich rede nicht wie ein Kapuziner, ich rede die Wahrheit. (Gelächter im Zentrum.)

Vizepräsident Benedey: Ich bitte um Ruhe.

Abg. Kolb (fortfahrend): Meine Herren! Dieser Zustand erklärt auch den ungeheuren Widerspruch, in dem die Regierung sich fortgesetzt befindet, wenn sie auf diesem Gebiete sich betätigen muß. Es ist ja außerordentlich bezeichnend für die Situation, in der wir uns augenblicklich befinden, daß der „Badische Beobachter“, der noch nicht vor Wochen, nein, der noch vor wenigen Tagen in Klomoterlangen Zeitartikeln gegen den jetzigen Minister Böhm Sturm gelaufen ist, heute die Rede des Ministers vom letzten Freitag im stenographischen Bericht abdruckt. (Lebhafte Zurufe im Zentrum.) Das ist sehr bezeichnend, daß dieser Umschwung eingetreten ist. Den haben Sie (zum Zentrum) nicht herbeigeführt, sondern der Herr Minister. Der Standpunkt, den der Herr Minister am Freitag angenommen hat, ist weiter gar nichts als die Bankrotterklärung der wesentlichen Prinzipien, auf welche die moderne Verfassungsstaat beruht, eine Bankrotterklärung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, wie sie in der Verfassung niedergelegt ist. (Oh! und Unruhe

rechts.) Es ist eine Kapitulation vor der Macht der Kirche und ein Zurückweichen des Staates. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und an dieser Kapitulation haben Sie, die Nationalliberalen, eine Hauptschuld. (Aha! im Zentrum.) Man hat es heute aus der Rede des Herrn Abg. Rebmann hören können, daß es ihm nicht ganz geheuerlich ist in der Situation. Er hat einen ganz eigentümlichen Standpunkt eingenommen, er ist nicht recht warm geworden, als er auf diese Dinge zu sprechen kam, und er hat alle möglichen Nebenarten gedreht und gedreht, um die Sache herumzureden. (Gelächter rechts.)

Vizepräsident Benedey: Ich halte den Ausdruck „Nebenarten, gedreht und gedreht“ nicht für ganz zulässig. (Heiterkeit.)

Abg. Kolb (fortfahrend): Wenn das so weiter geht, wenn die Entwicklung ihren Weg weiter geht, die jetzt angefangen hat und wenn die Nationalliberalen nicht die Kraft fühlen, dem Widerstand zu leisten, dann, meine Herren, dauert es nicht mehr lang und wir sind wieder da, wo wir vor 1860 gewesen sind. Der Standpunkt, der heute von jenen der Regierung eingenommen wird, deckt sich nicht mit den Grundprinzipien des Gesetzes vom Jahre 1860. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Dieser Standpunkt steht in schärfstem Widerspruch zu jenen Grundprinzipien. Denn das Gesetz vom Jahre 1860 über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche legt im Grund genommen schon die Trennung von Staat und Kirche und die Trennung von Schule und Kirche fest. Es fehlt nur noch ein ganz kleiner Schritt, ein paar redaktionelle Bemerkungen (Heiterkeit) und man kann das Gesetz von 1860 bis zur Trennung von Staat und Kirche durchführen. Jedenfalls steht so viel fest, daß wenn der jetzige Herr Minister das Gesetz von 1860 vorzulegen hätte, er es nicht vorgelegt hätte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Ich habe nicht umsonst gesagt, wenn das so weiter geht, kommen wir zu Verhältnissen, wie wir sie früher gehabt haben. Ich sage das deshalb, meine Herren, weil Sie (zum Zentrum) die Konsequenz in diesen Dingen auf Ihrer Seite haben und hier (zu den Nationalliberalen) die Konsequenz ist. (Zuruf aus dem Zentrum: Großblod!)

Der Großblod

ist hier ganz nebenächlich. (Lachen im Zentrum.) Jawohl, wenn es schon so steht, daß das Zentrum die Nationalliberalen in den Kulturfragen für bündnisfähig erklärt, dann ist für uns der Großblod erledigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Bewegung.) Dann hat er für uns keinerlei Wert mehr. Wir haben den Großblod nur deshalb geschliffen, um wenigstens in Kulturfragen keine konervative-Herzliche Mehrheit aufkommen zu lassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn es so weiter geht — meine Herren, wir haben es am Freitag aus der Rede des Herrn Red. hören müssen, daß die Konservativen schon Platz haben in der nationalliberalen Partei — dann können bei der nächsten Gelegenheit auch Herren von Jher (zum Zentrum) Seite hier (zu den Nationalliberalen) Platz nehmen. (Gelächter im Zentrum.) Denn die Rede, die der Herr Abg. Red. am Freitag hier gehalten hat, war eine durch und durch konservative, aber keine liberale. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn das das Ende der politischen Aktion ist,

die wir in den letzten Jahren bei den Wahlen jeweils durchgeführt haben, daß der Herr Abg. Rödel die Nationalliberalen in Kulturfragen, namentlich in schulpolitischen Fragen für bündnisfähig erklären kann, ohne daß er darobhin auf scharfen Widerspruch von dieser (zu den Nationalliberalen weisend) Seite sieht — der Herr Kollege Rebmann hat ja nicht ein Wort dagegen gesagt —, dann ist für uns diese ganze Latitz, die wir bisher gepflogen haben, einfach hinfallig. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat der Herr Minister Böhm unsere Schule mit einer Familie verglichen und er hat gesagt, der Staat sei der Vater und die Kirche die Mutter. Eine feine Familie! (Stürmische Heiterkeit im ganzen Saale.) Eine Familie, in der das ganze Jahr seit Jahrzehnten hindurch immer zwischen Vater und Mutter Handel und Streit ist. Ueberhaupt beruht diese Familie auf der Bigamie, denn der Staat hat ja verschiedene Frauen, eine katholische, eine protestantische, eine altkatholische und eine irakelische. (Erneute stürmische Heiterkeit im ganzen Saale.) Und wenn der Herr Minister liberal wäre, würde er wahrscheinlich auch mit den freireligiösen und anderen Frauen teilmachen. (Fortgesetzte Heiterkeit.)

Vizepräsident Benedey: Ich halte auch diesen Ausdruck nicht für zulässig und bitte, derartige Ausdrücke zu lassen.

Abg. Kolb fortfahrend: Der ist schon oft hier gebraucht worden und hat keinen Anstoß erregt, er war übrigens nicht so

schlimm gemeint. Das den Religionsunterricht in der Schule betrifft, so hat der Herr Minister Böhm gesagt, der Religionsunterricht sei notwendig, um die Kinder sittlich-religiös zu erziehen. Ja, ich bin nicht recht klug daraus geworden, was der Herr Minister unter Religion versteht. Es gibt doch verschiedene Religionen,

und er wird doch nicht behaupten wollen, daß lediglich die anerkannten Religionsgemeinschaften den Anspruch erheben dürfen, Religion zu haben. Es gibt doch außerhalb der anerkannten Religionsgemeinschaften auch andere, die den Anspruch erheben dürfen, religiös-sittlich zu erziehen. Kein Mensch hat hier die Aufhebung des Religionsunterrichts verlangt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Wir verlangen nicht die Aufhebung des Religionsunterrichts, sondern wir verlangen prinzipiell nur die Verlegung des Religionsunterrichts aus der Schule heraus. Die Kirche kann Religionsunterricht erteilen so viel sie will, aber der Staat soll sich in diese Dinge nicht hineinmischen. Der Antrag Muser verlangt gar nicht die Aufhebung des Religionsunterrichts, sondern nur, daß die Lehrer, die vermöge ihrer inneren Überzeugung sich außerstande erklären, den Religionsunterricht zu erteilen, davon dispensiert werden, ohne daß sie irgendwelche Nachteile daraus zu gewärtigen haben. Das ist ein Antrag, der doch eigentlich nach den Grundbestimmungen unserer Verfassung vollständig selbstverständlich ist, und wenn er nicht in unserer gegenwärtigen Schulgesetz hineinpaßt, beweist das eben, wie sehr unser Volksschulgesetz in manden seiner Bestimmungen im Widerspruch mit den Grundprinzipien unserer Verfassung steht und daß demzufolge das Volksschulgesetz entsprechend geändert werden muß. Der heutige Zustand führt zu einem gewissen Chaos und Heuchelei, und wie leicht man sich über diese Dinge hinwegsetzt, dafür hat ein Mitglied der rechtsstehenden Vereinigung in der Kommission ein ganzes Klassisches Beispiel angeführt. Er hat gesagt, in seiner Gemeinde wäre ein Lehrer, der in diesen Dingen auch längt über das hinausgewachsen sei, was man Religion nennt, der es mit der Religion nicht so genau nehme, aber er erteile Religionsunterricht und bei der Prüfung habe seine Klasse ganz vorzügliches geleistet. Beim heutigen Religionsunterricht wird eben bei allen Religionsgemeinschaften viel zu viel Wert auf die Quantität gelegt und nicht genügend auf die Qualität. Ich habe da selber in der Volksschule Erfahrungen gesammelt. Ich habe auch manchen Lehrer gehabt, bei dem ich als kleiner Junge schon das Gefühl hatte: Der glaubt auch nicht, was er dir vorjagt. (Heiterkeit und Zurufe vom Zentrum.) Nun hat der Herr Kollege Muser sich mit Recht auf den Herrn Kollegen Heidenbach berufen, der früher auch einmal hier über diese Dinge gesprochen hat. Der Herr Kollege Rödel befreit Ihnen, daß der Herr Heidenbach die Dinge so gemeint hat, wie der Herr Muser sie vorgebracht hat. Ich möchte darauf hinweisen, daß Herr Kollege Heidenbach sagte: Die Kirche hat kein Interesse daran, daß ein antireligiöser Lehrer Religionsunterricht erteilt. Herr Heidenbach hat aber im Anschluß an diese Bemerkungen weiter gesagt, im übrigen ist durch die ganze staatliche Einrichtung unseres Schulgesetzes dafür gesorgt, daß der Lehrer wegen einer Erklärung über seine religiöse Überzeugung nicht den mindesten Schaden leidet in bezug auf den Staat. Ich verstehe deshalb nicht, wie (zum Zentrum) Sie sich in diesen Dingen einer so klaren, selbstverständlichen, logischen Ansicht Ihres früheren Parteifreunds widerlegen können. Was nun ist denn, daß in der Verfassung die Freiheit des Glaubens und die Freiheit des Gewissens garantiert ist — wenn man dafür bestraft wird, sobald man davon Gebrauch macht. Es war doch für mich ganz ungeschwezlich, als ich aus dem Munde des Herrn Ministers hörte, wenn es einmal zwei diffidenten Lehrer gäbe, daß in bezug auf die Verwendung dieser Lehrer beim Religionsunterricht irgendwelche Schwierigkeiten einträten, der Staat dazu übergehen müßte, diese Lehrer in den einseitigen Ruhestand zu versetzen. Das ist doch ganz glatt der Bankrott des modernen Verfassungsstaates. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie liegen denn die Dinge? Hat denn der Staat nach dem Gesetz den Religionsunterricht zu erteilen? — Nach dem grundlegenden Gesetze vom Jahre 1860 ist die Kirche verpflichtet, den Religionsunterricht zu erteilen. Es heißt überall, daß es Sache der Kirchen ist, den Religionsunterricht zu erteilen, und daß der Staat nur der Kirche seine Unterstützung leistet. Wenn also eine solche größere Anzahl diffidenten Lehrer vorhanden wäre, dann müßte der Staat aufgrund der Verfassung der Kirche erklären, daß es ihre Pflicht ist, hier für die Bedürfnisse zu sorgen. Der Minister kapituliert jedoch ganz glatt vor den Forderungen der Kirche. Es ist, falls es so weiter geht, nur noch ein ganz kleiner Schritt — und wir sind wieder bei der konfessionellen Schule angelangt. Der Herr Minister stellt sich sogar schon auf den Standpunkt, daß unsere Volksschule eine christliche sein müsse. Das freit auch

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.

Von Anatole France.

(Fortsetzung.) (Nachdr. verb.)

Sobald Evarist den Laden von ferne erblickte, schaute er zu einem Fenster im ersten Stock auf, und zwar zu dem linkerhand, hinter dessen gebauchtem eisernem Balkon ein Kopf roter Nelken stand. Es war das Fenster von Clodius Zimmer, der Tochter des Kupferhändler, denn Jean Blaise wohnte mit seinem einzigen Kinde im ersten Stockwerk des Hauses. Einen Augenblick blieb Evarist vor dem „Amor als Maler“ stehen wie um Atem zu holen, dann drückte er auf die Türklinke.

Im Laden fand er die Bürgerin Clodie. Sie hatte Stiche verkauft, zwei Arbeiten von Fragonard Sohn und Raigeon, die aus einem Stoh anderer sorgfältig ausgefuchst waren; und bevor sie die Assignate, die sie erhalten hatte, in die Kasse einschloß, hielt sie eins nach dem andern achtam gegen das Licht, um ihre Wasserzeichen zu prüfen, denn es gab so viel falsches wie echtes Papiergeld, und der Handel wurde dadurch schwer geschädigt. Wie früher die Falscher des Königsnamens, so bestrafte man jetzt die Papiergeldfalscher mit dem Tode; trotzdem gab es in allen Kellern Platten für Assignate; die Schweizer führten Millionen falschen Papiergeldes ein, man warf es bündelweise in die Gaskhäuser; die Engländer luden täglich ganze Ballen davon an den französischen Küsten aus, um die Republik in Mißkredit zu bringen und die Patrioten ins Elend zu stürzen. Clodie fürchtete nicht nur, falsches Papiergeld zu bekommen, sondern noch mehr, welches in Umlauf zu setzen und dann als Komplizin von Pitt behandelt zu werden. Gleichwohl verlieh sie sich auf ihr Glück in dem sicheren Gefühl, allen Lebenslagen gewachsen zu sein. Evarist schaute sie mit jenem düstern Blick an, der besser als alles Rädeln die Liebe verrät. Sie erwiderte diesen Blick mit einem spöttischen Mäulchen, wobei sie ihre schönen schwarzen Augen verdrehte. Sie tat es, weil sie

sich geliebt wußte und nicht böse darüber war, und auch weil solche Fräghen einen Liebenden reizen, ihn zu Klagen verleiten und ihn zur Erklärung seiner Liebe drängen, sofern er das noch nicht getan hat. Und das war bei Evarist der Fall.

Als sie die Assignate in die Kasse gelegt hatte, zog sie aus ihrem Nähkörbchen einen weißen Schal, den sie zu stichen begann, und setzte ihre Arbeit fort. Sie war fleißig und gesellig und griff dabei instinktiv zur Handarbeit, um Gefallen zu erregen und sich zugleich etwas Schmiedendes zu machen. Auch sticte sie ganz verschieden, je nach Dem, der ihr saß. Wollte sie zarte Sebnücht erwecken, so sticte sie nachlässig, wollte sie jemand zum Spoh in Verzweiflung treiben, so machte sie launische Nadelstiche. Als Evarist kam, arbeitete sie sorgfältig, weil sie ein ernstes Gefühl in ihm wachrufen wollte.

Clodie war weder die Jüngste noch die Schönste. Auf den ersten Blick konnte man sie häßlich finden. Sie hatte dunkles Haar und gelblichen Teint; unter ihrem großen, weißen nachlässig gefnoteten Kopftuche quollen tabenschwarze Haarlocken hervor, und ihre glühenden Augen schienen ihre Wimpern zu versengen. Ihr volles, lustiges Antlitz mit den leicht vorpringenden Lippen. Ihr Busen, wie von Liebe geschwellt, hob das Brusttuch, das sie nach der Jahresmode gefnotet trug. Ihre schlante Taille, ihre flinken Beine, ihr ganzer kräftiger Körper bewegten sich mit ungehörter, köstlicher Grazie. Ihr Blick, ihr Atem, ihr Zusammenschauern, alles an ihr wirkte aufs Herz und versprach Liebe. Hinter dem Rabentisch machte sie den Eindruck einer Ballettturnerin, einer Bacchantin vom Opernhaus, die ihr Pantbeleg, ihren Thyrbusstab und ihre Efeuquirlanden abgelegt hatte und nun ehrbar und wie verzauvert in der bescheidenen Hülle einer Chardinchen Hausfrau saß.

„Mein Vater ist nicht zu Hause“, sagte sie zu dem Maler. „Warten Sie ein Weilschen, er wird gleich wiederkommen.“

Ihre kleinen bräunlichen Hände zogen die Nadel flink durch den Stoff.

„Gefällt Ihnen das Muster, Herr Gmelin?“ Evarist besah eine grade Natur. Und die Liebe, die seinen Mut entflammte, übertrieb seine Aufmerksamkeit.

„Sie finden sehr geschickt, Bürgerin, aber wenn Sie es hören wollen: das borgezeichnete Muster ist nicht schlicht und einfach genug; man spürt den gefinstesten Geschmack, der in Frankreich in den dekorativen Künsten, in Stoffen, Möbeln, Wanderverkleidungen nur so lange geherrscht hat. Diese Schließen und Quirlanden erinnern an den kleinlichen, zopfigen Stil, der unter dem Tyrannen Mode war. Jetzt bekommt man wieder Geschmack. Ach! wir waren tief gesunken. Zur Zeit des verruchten Ludwig VX. hatte die Dekoration etwas Chinesisches. Man machte diabüchige Kommoden mit lächerlichen, geschweiften Griffen, die zu nichts taugen, als zum Dienen und zur Erwärmung der Patrioten. Nur das Einfache ist schön. Wir müssen zur Antike zurück. David entwirft Betten und Lehnstühle nach etruskischen Vasen und den Wandgemälden von Gerulanium.“

„Solche Betten und Lehnstühle habe ich gesehen“, nickte Clodie. „Das ist schön! Bald wird man nichts anderes mehr wollen. Ich bemundere die Antike ganz und gar.“ „Nun also, Bürgerin“, fuhr Evarist fort, „hätten Sie diese Stiderei mit einem Mäanderband, Feuerranken, Schlangen, oder gekreuzten Pfeilen verzieren, so wäre sie eines Spantarners würdig. . . und Ihrer selbst. Zimmerhin können Sie das Muster behalten und es nur vereinfachen, mehr gerade Linien hineinbringen.“

Sie fragte, was sie fortlassen sollte. Er neigte sich auf die Arbeit herab; Clodius Locken streiften seine Haare. Weiber Hände begegneten sich auf der Keimwand und ihre Atemzüge vermischten sich. Evarist fühlte sich beliebt, doch als er Clodius Lippen dicht neben den seinen fühlte, fürchtete er, dem jungen Mädchen zu nahe zu treten, und zog den Kopf rasch zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokratie und sozialpolitische Reaktion.

Aus dem Erbe Eugen Richters haben die christlich-nationalen Arbeiterführer die Redensart übernommen, daß die Sozialdemokratie nur der Reaktion nütze. Diese gedankenlose Phrase spielt auch in dem neuesten Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften eine große Rolle.

Diese Tatsache kann — so bemerkt der Bericht — für die letzten 25 Jahre aus den sozialpolitischen Gesetzgebungsdosen des Reichstags im einzelnen nachgewiesen werden. Nach den Wahlsiegen der Sozialdemokratie von 1890 und 1893 folgte die sozialpolitische Reaktionsperiode Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Die Christlichen setzen sich mit ihrer Behauptung in Gegenfatz zu ihren eigenen größten Heiligen, Bismarck und Stöcker. Bismarck sagte:

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und sich nicht eine Menge Leute vor ihnen fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, überhaupt nicht gemacht worden sein.“

Und Stöcker: „Es ist das große Verdienst des Sozialismus, daß er uns energisch auf die soziale Lage aufmerksam gemacht hat, daß wir seit fünfzehn, zwanzig Jahren die sozialen Verhältnisse mehr ins Auge fassen, mehr studieren und daß jeder rechtschaffene Mann im deutschen Reiche sich fragen muß: Was muß geschehen, damit dem Arbeiterstande wirksam geholfen werde?“

Die Bitate könnten nach Belieben vermehrt werden. Hat doch im Jahre 1907 der Bericht der christlichen Gewerkschaften selbst auf die Notwendigkeit entschiedener sozialer Reformen hingewiesen, indem er ausführte:

„Mit Süßholzraspeln sind bei der starken sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland Arbeitermassen nicht zu gewinnen. Darüber sollte man unter sozial verständigen Leuten nicht mehr zu reden brauchen.“

Die „sozial verständigen Leute“ haben seitdem ihre innere Meinung kaum gewechselt. Nur ihre Verlegenheit ist gewachsen und mit ihr der Bedarf an leeren Ausflüchten. Wenn die von den Christen unterstützten Konservativen das Koalitionsrecht zu vernichten trachten, so hat die Sozialdemokratie schuld daran. Und wenn die christlichen Reichsräte Bayerns, an der Spitze der Präsident des Reichsmagnat Fürst Löwenstein-Wertheim, die von der Regierung geforderte, vom König gewünschte Unterstützung der Arbeitslosenversicherung ablehnen, so muß natürlich wieder die Sozialdemokratie schuld daran haben. Man erhebt gegen die sozialistisch gefinnten Klassengenossen die abernsten Vorwürfe, um die Schuld der eigenen aristokratischen Gönner und Spießgesellen zu beschönigen.

Das Sprichwort sagt, eine gute Ausrede ist einen Taler wert. Die Ausrede der „Christlichen“ wiegt keinen Pfennig.

Die Hamburger Polizei gegen ein Maiseiergedicht. Am Samstag vormittag wurden von der politischen Polizei in Hamburg in den Geschäftsräumen des „Hamburger Echo“ die noch vorhandenen Nummern des „Hamburger Echo“ vom 1. Mai beschlagnahmt.

Ausland.

Schweiz.

Die Wahlen im Kanton Basel. (Privatmeldung.) Bei den Erneuerungswahlen zur Regierung erzielte von sieben zu wählenden Regierungsmitgliedern nur ein parteiloses von den Sozialdemokraten unterstützter Kandidat die absolute Majorität.

England.

Mit 29 000 gegen 2000 Stimmen haben die Londoner Bauarbeiter, die seit drei Monaten im Kampfe stehen, die Vergleichsvorschläge des amtlichen Vermittlungsausschusses abgelehnt. Ein Arbeiterblatt glaubt, nachweisen zu können, daß der Kampf von den Unternehmern auf Veranlassung der Steinbruchbesitzer provoziert wurde.

Spanien.

Die Offiziere der spanischen Handelsmarine befinden sich im Streit bei mehreren Gesellschaften, die ihren Forderungen auf Verbesserung nicht nachkommen wollten. Wie energisch die Bewegung geführt wird, beweist auch der Umstand, daß allein im englischen Kanal vierzehn spanische Schiffe liegen, deren Offiziere einfach nach der Heimat zurückkehrten.

Badische Politik.

Der 1. Mai in der badischen Volkskammer war wiederum ein Tag der Kapitulation des badischen schwindlichen Regierungsliberalismus und seines nationalliberalen Trabantenentums vor dem clerikalen Regiment.

ners auf die Reaktion der Regierung zu wehren und blieb bei seiner Regierungsmaxime stehen, daß in Zukunft die Aufnahmen freireligiöser Lehrer in die staatlichen Seminare ausgeschlossen bleibt. Die Gewährleistung der Gewissensfreiheit für solche Lehrer, die den Kindern nicht die Bibel lehre von der Erschaffung des Menschen aus einem Erdkloß vortragen wollen, sei eine Unmöglichkeit im badischen Lande, weil sonst das ganze neue Elementarschulgesetz mit seinem obligatorischen Religionsunterricht über den Haufen geworfen werden müßte; in dieser Unterrichtsnotelle habe die Regierung den dunklen Punkt des Diffidentenparagraphen sehr bedauert.

Der Minister widerspricht der von der sozialdemokratischen Fraktion geforderten Unterrichts- und Lehrmittelfreiheit, weil der Volkschüler für den Erziehungsstern eine Gegenleistung von 3,20 Mk. im Jahr als nicht zu hoch ansehe. Die Schule gilt dem Unterrichtsminister als ein patriarchalisches Institut, wobei der Staat die Rolle des Vaters, die Kirche die Tätigkeit der Mutter zu übernehmen habe mit der gemeinsamen Sorge, daß der „Dümel Sozialdemokrat“ nicht Einfluß auf die Erziehung der Jugend gewinne.

Das ist die neueste schmähliche Maibotschaft aus dem Musterlande des Liberalismus!

Ein Vertrauensvotum für Wader.

Der gestrige „Badische Beobachter“ berichtet über eine freie Konferenz des Klerus welche am Dienstag, 28. April, in Freiburg tagte, um Stellung zu nehmen gegen das Trierer „Duertreiber“-Organ, die „Betrusblätter“ und deren Angriffe gegen Herrn Wader.

Die freie Konferenz des Klerus vom letzten Dienstag hat mich beauftragt, Euer Hochwürden ihre einstimmige, die in den Betrusblättern u. a. erfolgten tiefbedauerlichen Angriffe aufs schärfste mißbilligende Willensmeinung auszusprechen, sowie die Versicherung, daß der badische Klerus unentwegt in freiem Einverständnis mit den alten bewährten Grundfätzen festhalten wird an dem Banner, das Euer Hochwürden zum Segen des Volkes und der Kirche seit Jahrzehnten erfolgreich hochgehalten haben.

Es hat fast den Anschein, als ob der „Beobachter“ hier durch eine möglichst bombastische Sprache imponieren will. Von den „anwesenden Herren“ wird natürlich keiner anderer Meinung gewesen sein. Aber wie steht es mit den „nicht Anwesenden“?

Zum Verächtlichungsseier im Zentrumslager.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Am 18. März sandte Herr Rechtsanwalt J. Friedmann an den Offenburger die sozialdemokratische und liberale Presse Badens eine Verächtlichung, die sich auf Mitteilungen über die bekannte Offenburger Schießaffäre bezieht.

Das neue Dotationsgesetz in Baden

über welches jedoch der Kommissionsbericht erschienen ist, hält sich an das Gesetz vom Jahre 1908 und berücksichtigt die indessen eingetretenen Verbesserungen in den Gehaltsverhältnissen der evangelischen und katholischen Geistlichkeit. Beide Kirchen hätten in ihrem Etat für 1912 einen Ueberschuß der Einnahmen (des Steuerertrags über den Aufwand) zu verzeichnen, wollen sich aber vom Staate trotzdem keine Herabsetzung der bisherigen Dotation gefallen lassen.

Das neue Dotationsgesetz in Baden über welches jedoch der Kommissionsbericht erschienen ist, hält sich an das Gesetz vom Jahre 1908 und berücksichtigt die indessen eingetretenen Verbesserungen in den Gehaltsverhältnissen der evangelischen und katholischen Geistlichkeit.

Das neue Dotationsgesetz in Baden über welches jedoch der Kommissionsbericht erschienen ist, hält sich an das Gesetz vom Jahre 1908 und berücksichtigt die indessen eingetretenen Verbesserungen in den Gehaltsverhältnissen der evangelischen und katholischen Geistlichkeit.

Das neue Dotationsgesetz in Baden über welches jedoch der Kommissionsbericht erschienen ist, hält sich an das Gesetz vom Jahre 1908 und berücksichtigt die indessen eingetretenen Verbesserungen in den Gehaltsverhältnissen der evangelischen und katholischen Geistlichkeit.

Aus der Partei.

Von der „Neuen Zeit“ ist jedoch das 5. Heft vom 2. Band des 32. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gedächtnis. — Johannes Miquel über Marx und seine Anwendung von ihm. Von Eduard Bernstein. — Die politische Krise in Schweden. Von Wilhelm Jansson. — Sozialismus und Arbeiterpartei in England. Von J. Sacke (London). — Der Kampf gegen die Gewerkschaften. Von Rechtsanwalt Dr. Hugo Heinemann. — Notizen: Ueber die Entwicklung des Kinematographenwesens. — Von G. E. — Anzeigen: Karl Marx, Enthaltungen über den Kommunismusprospekt zu Wien. Festschrift zur Feier des fünfundsünfzigjährigen Bestehens des sozialdemokratischen Wahlvereins für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Gewerkschaftliches.

Paritätsschluß mit den Brotfabriken in Wetzlar und Wiesbaden. Mit sieben Brotfabriken in Wiesbaden und Mainz, die zusammen vierzig Arbeiter beschäftigen, konnte der Zentralverband der Wader und Kandidaten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich regeln.

Märzstreik in Welsert. Um die Einführung des Reichstarifens kämpfen die Wader und Anführer in Welsert. Bekanntlich haben die rheinisch-westfälischen Unternehmer im März nicht anerkannt und sind deshalb, mit dem Ratel des Tarifbrosches befaßt, aus dem Hauptverband der Unternehmer ausgeschlossen worden.

Wingarten, 3. Mai. In schlichten Rahmen feierte am Samstagabend die hiesige Massenbewusste Arbeiterchaft ihre Maifeier, welche einen schönen Verlauf nahm, wenn auch der Besuch etwas besser hätte sein dürfen.

Eichheim, 2. Mai. Durch die Wirkung des Turn- und Wahlvereins ist es hier einmal gelungen, eine Maifeier zu veranstalten. Dieselbe begann abends 9 Uhr in der Halle zum „Girsch“ und bestand in Musik, Tanz, Gesang, turmesischen Auführungen und Ansprache, gehalten von Gen. Kraft aus Eichheim, über die Bedeutung des 1. Mai, welche lebhaften Beifall auslöste.

Wingarten, 3. Mai. Auch die Patienten der Seilstätte Nordrach veranstalteten einen Heinen gemeinsamen Ausflug zur Feier des 1. Mai. Es waren 35-40 Personen, welche es sich nicht nehmen ließen, den Tag zu feiern.

Wingarten, 3. Mai. Auch die Patienten der Seilstätte Nordrach veranstalteten einen Heinen gemeinsamen Ausflug zur Feier des 1. Mai. Es waren 35-40 Personen, welche es sich nicht nehmen ließen, den Tag zu feiern.

Wingarten, 3. Mai. Auch die Patienten der Seilstätte Nordrach veranstalteten einen Heinen gemeinsamen Ausflug zur Feier des 1. Mai. Es waren 35-40 Personen, welche es sich nicht nehmen ließen, den Tag zu feiern.

Wingarten, 3. Mai. Auch die Patienten der Seilstätte Nordrach veranstalteten einen Heinen gemeinsamen Ausflug zur Feier des 1. Mai. Es waren 35-40 Personen, welche es sich nicht nehmen ließen, den Tag zu feiern.

Wingarten, 3. Mai. Auch die Patienten der Seilstätte Nordrach veranstalteten einen Heinen gemeinsamen Ausflug zur Feier des 1. Mai. Es waren 35-40 Personen, welche es sich nicht nehmen ließen, den Tag zu feiern.

Wingarten, 3. Mai. Auch die Patienten der Seilstätte Nordrach veranstalteten einen Heinen gemeinsamen Ausflug zur Feier des 1. Mai. Es waren 35-40 Personen, welche es sich nicht nehmen ließen, den Tag zu feiern.

Wingarten, 3. Mai. Auch die Patienten der Seilstätte Nordrach veranstalteten einen Heinen gemeinsamen Ausflug zur Feier des 1. Mai. Es waren 35-40 Personen, welche es sich nicht nehmen ließen, den Tag zu feiern.

Wingarten, 3. Mai. Auch die Patienten der Seilstätte Nordrach veranstalteten einen Heinen gemeinsamen Ausflug zur Feier des 1. Mai. Es waren 35-40 Personen, welche es sich nicht nehmen ließen, den Tag zu feiern.

* Forchheim, 3. Mai. Die hiesige Maifeier wurde mit einem Sampsonzug, an dem sich ca. 150 Personen beteiligten, eingeleitet. Anschließend daran fand im „Bahnhof“ eine gemüthliche Feier unter Mitwirkung der Arbeitergesang- und Turnvereine statt. Genosse Söhn aus Karlsruhe hielt die Maizeche, die unsere bekannten Forderungen enthielt. Die Feier hat hier einen sehr guten Eindruck hinterlassen.

* Weisk, 4. Mai. Die hiesige Arbeiterschaft feierte am Sonntag, 3. Mai, von nachmittags 2 Uhr an, das Fest der Arbeit. Demojin Frau Fischer-Karlsruhe hielt die Festrede, welche mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Arbeitergesangverein „Bruderkreis“ trug einige Lieder vor. Auch wurden einige Theaterstücke gegeben von hiesigen Genossinnen sowie von Genossen und Genossinnen aus Darglanden unter der Direktion des Genossen Klingler-Darglanden. Da der große Saal nur 600 Personen faßte, mußten viele wegen Platzmangel wieder umkehren. Allen Mitwirkenden sei bestens gedankt.

* Oberkirch, 4. Mai. Die am Samstagabend veranstaltete Maifeier hatte sich eines annehmbareren Besuchs zu erfreuen. Der Leiter Gen. Durban-Offenburg verlas es in seiner Festrede, die Bedeutung des 1. Mai darzulegen und ermahnte nach Schluß seiner Rede lebhaften Beifall. Ebenso trugen auch die Kongresslieder des Straßburger Orchesters dazu bei, den Abend zu verschönern. Mit einem gemüthlichen Längchen wurde sie gut verlaufene Feier alsdann beendet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. Mai.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Die durch die Osterpause unterbrochene zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Wenderung der Konkurrenzklausei betreffenden Paragraphen des Handelsgesetzbuchs wird fortgesetzt. Der Berichterstatter berichtet über die Kommissionsverhandlungen. Es hätten sich drei Differenzpunkte mit der Regierungsvorlage ergeben. Im ersten dieser drei Punkte, wonach die im Vertrag festgesetzte Entschädigung an den Angestellten mindestens die Hälfte der Bezüge des Angestellten betragen soll (die Regierung hatte ein Drittel vorgegeben), habe sich der Staatssekretär Dr. Lisso bereit erklärt, den Wünschen des Reichstags zu entsprechen. Der zweite Punkt betreffe die Wichtigkeit der Konkurrenzklausei. Die Regierung hatte 1600 M. als Gehaltsgrenze angenommen und den Kommissionsbeschlüß, der diese auf 1800 M. erhöhte, für unannehmbar erklärt. Ein Kompromißantrag sämtlicher bürgerlichen Parteien wolle sich dem Regierungsvorschlag anschließen. Der dritte Differenzpunkt betreffe das Recht des Prinzipals, auf der Einhaltung des Vertrags oder auf der Leistung der verordneten Strafe zu bestehen. Die Kommission hatte beschloßen, den Prinzipalen ausschließlich das Recht auf Leistung der verordneten Strafe zuzugestehen. Das hat die Regierung ebenfalls für unannehmbar erklärt. Im dem zweiten streitigen Punkt stellte ein Kompromißantrag die Regierungsvorlage wieder her. Ein Antrag der Sozialdemokraten betreffe zunächst die Wichtigkeit der Konkurrenzklausei und im Falle der Ablehnung des Antrags die Erhöhung der Mindestgehaltsgrenze auf 2000 M.

Abg. Hoch (Soz.):

Der Kompromißantrag gerecht den bürgerlichen Parteien nicht zur Ehre. Das Strafgericht des Staatssekretärs Dr. Delbrück an Bord des Dampfers Vaterland, daß man den Eindruck habe, nirgends sei so wenig Verständnis für die Erfolge des Vaterlands vorhanden, als im Reichstag, trifft nur die bürgerlichen Parteien. Wir haben stets auf den gewaltigen Aufschwung Deutschlands hingewiesen, der uns zwingt, der Allmacht des Großkapitals entgegenzutreten, die eine Schädigung des Volkes bedeutet. Auch dieses Gesetz ist lediglich zum Vorteil des Großkapitals gemacht. Es erzieht den Unternehmer dazu, niederträchtig gegen seine Geßellen zu handeln und sie zu betrügen. (Der Präsident bittet den Redner, sich zu möglichen.) Der Leipziger Handlungsgehilfenverband bittet uns, das Gesetz abzulehnen. Ganz meine Meinung. Diejenigen Parteien, die bei diesem Gesetz die Handlungsgehilfen schädigen wollen, sind dieselben, die in der Sonntagserhebungskommission die Forderungen der Handlungsgehilfen Schritt für Schritt zurückgedrängt haben. Die Folge davon wird sein, daß sich auch die Handlungsgehilfen der Sozialdemokratie zuwenden, die allein ihre Interessen vertritt. (Lachen bei den bürgerlichen Parteien. Große Unruhe.) Traurig ist aber, daß diese Erkenntnis mit so viel Glend unter den Angestellten zu erkaufen ist.

Abg. Trimborn (Centr.): Mit verbindlicher Offenheit hat Abg. Hoch die Quintessenz seiner Rede gekennzeichnet, als den Anknüpfen an die Sozialdemokratie. So treibt man keine Sozialpolitik, sondern man trägt dazu bei, daß in weiten Kreisen der Wille, die Sozialpolitik weiter zu treiben, schwindet. (Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen einen billigen Ausgleich zwischen Angestellten und den Prinzipalen suchen. Eine völlige Aufhebung der Konkurrenzklausei ist zurzeit nicht zu erwarten. Wir sind auf 1600 M. gekommen, um auch den kleinen Kaufleuten den den größeren Unternehmern ausstehenden Schutz der Konkurrenzklausei zu sichern. Wir müssen nachgeben, um das Gesetz nicht zum Scheitern zu bringen. Durch die Lösung, die wir anstreben, werden die berechtigten Interessen der Prinzipale und Handlungsgehilfen gewahrt. Das Gesetz bedeutet einen Fortschritt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Thoma (Natl.): Wir stellen uns aus Zweckmäßigkeitsgründen auf den Boden der Vorlage. Willig und unbedingte ist der Vorwurf des Abg. Hoch, daß das Gesetz lediglich die Interessen der Großkapitalisten wahre. Der Vorwurf des Umfasses läßt uns kalt. Es handelt sich im Gesetz um eine ganz bestimmte kleine Unternehmerkategorie in höherer Position. Verdauern müssen wir uns dagegen, daß wir aus bösem Willen etwas gegen die Handlungsgehilfen unternehmen wollten. Wir müssen immer wieder vernünftig die widerstreitenden Interessen abwägen und einen möglichst gerechten Ausgleich herbeizuführen suchen.

Abg. Walstein (F. Vp.): Um Irrtümern vorzubeugen, muß auch ich dem Abg. Hoch gegenüber erklären, daß ich aus dem Munde des Staatssekretärs Dr. Delbrück nichts gehört habe, was dem Reichstag abträglich sein könnte. Ich freue mich, daß die Regierung, von der wir wünschen, daß sie immer stark sei, in zwei wichtigen Punkten festgehalten ist. Wir können uns auch dem populär klingenden Antrag der Sozialdemokraten auf Befreiung der Freiheitsstrafen nicht anschließen.

Abg. Kramer (Natl.): Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind wesentlich milder als die bisherige Handhabung der Konkurrenzklausei. Wir erkennen an, daß auch berechtigte Interessen bei den Arbeitgebern vorhanden sind, die geschützt werden müssen. Für die Angestellten liegen so viel Vorteile in der Vorlage, daß wir alles daran setzen müssen, diesen Gesetzesentwurf endlich zu verabschieden. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Dove teilt mit, daß über den sozialdemokratischen Antrag, betreffend die Abschaffung der Freiheitsstrafe, namentlich abgestimmt werde.

Abg. Dombel (Soz.): Wir müssen auf den gerechtfertigten Ausgleich der Interessen von Unternehmern und Gehilfen hinarbeiten.

Abg. Mertin (Natl.): Es ist nicht zu verkennen, daß der Bundesrat Konzeptionen gemacht hat. Große Verbände der Handlungsgehilfen haben sich auch für das Zustandekommen des Gesetzes eingesetzt.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.): Das Auftreten der Sozialdemokratie in dieser Frage ist ein Schulbeispiel für den Gegensatz von Agitationspolitik und Realpolitik.

Direktor im Reichsjustizamt Delbrück: Dem Standpunkt des Staatssekretärs Dr. Lisso vom 27. März habe ich nichts hinzuzufügen. Die Wohltaten dieses Gesetzes sollen selbstverständlich auch den Angestellten der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit zugute kommen.

Abg. Dr. Quard-Frankfurt a. M. (Soz.): Die Verbesserungen in der jetzigen Vorlage erkennen wir an. Sie stammen ja durchweg von uns. Wie man der Sozialdemokratie Alles oder Nichts-Politik gerade in dieser Frage vorwerfen kann, ist mir unerfindlich. Das ist ein starkes Stück. Das ist Demagogie, der sich die Parteien schämen sollten. (Präsident Dr. Kaempf: Der Vorwurf der Demagogie widerspricht der Ordnung des Hauses. Ich rufe Sie zur Ordnung.) Auch die Regierung hätte nachgeben müssen, wenn die Parteien festgeblieben wären. Wunderbar ist das von den bürgerlichen Parteien der Regierung gegenüber ausgesprochene rührende Vertrauen der Regierung, die das, was sie durch einen Minister bezüglich des Reichsvereinsgesetzes besprochen hat, in der Praxis nicht erfüllt hat; und dieser Minister war der jetzige Reichsjustizminister! Wir sind nicht dem Vertrauensvotum anschießen können, haben wir unsere Änderungsanträge eingebracht.

Direktor Delbrück: Der Vorwurf, der Reichsjustizminister hätte ein gegebenes Versprechen nicht eingelöst, ist in den Tatsachen nicht begründet. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich muß dies auf das Schärfste zurückweisen. (Lebh. Bravo rechts.)

Abg. Dr. Bell (Centr.): Würden die sozialdemokratischen Anträge angenommen, so würde das ganze Gesetz fallen, und es blieben die bisherigen Mißstände bestehen. Die Anträge auf Befreiung der Freiheitsstrafe gehören überhaupt nicht in dieses Gesetz, sondern in die Zivilprozessordnung. Eine solche Gesetzesmaderet ist höchst bedenklich.

Abg. Marsquardt (Natl.): Die großen Schäden der Konkurrenzklausei liegen darin, daß ein aus seiner Branche ausgehobener Gehilfe schwer wieder in eine gute Stellung hineinkommt. Ein Verbot der Konkurrenzklausei muß früher oder später kommen. Nichtsdestoweniger schließe ich mich dem Kommissionsantrag an.

Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Dr. Quard wegen seiner gegen den Reichsjustizminister gerichteten Vorwürfe nachträglich zum zweitenmal zur Ordnung.

Abg. Dr. Cohn-Vorbauhen (Soz.): Aus tendenziösen Rücksichten sind unsere Anträge nicht gestellt.

Damit schließt die Debatte. Der sozialdemokratische Antrag auf vollständiges Verbot der Konkurrenzklausei wird abgelehnt und der grundsätzliche Paragraph des Gesetzes angenommen. Die Mindestgehaltsgrenze wird dem Kompromißantrag gemäß auf 1600 M. festgesetzt. Im übrigen wird das Gesetz mit den Kompromißanträgen angenommen. Ueber den sogenannten Antrag, der die Freiheitsstrafen beseitigen soll, wird morgen namentlich abgestimmt werden. Das Gesetz wird am 1. Januar 1915 in Kraft treten.

Die Resolution der Kommission auf Vorlegung eines Gesetzes betreffend die Unpässlichkeit des Arbeitslohnes und Regelung des Wettbewerbsverbot für diejenigen Angestellten und Arbeiter, auf die das heute angenommene Gesetz keine Anwendung findet, wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr: Anfragen, namentliche Abstimmung, Petitionen, Militäretat. — Schluß 8 Uhr.

Der Militäretat in der Budgetkommission.

Berlin, 4. Mai. In der Budgetkommission des Reichstags wurden heute Einzelheiten des Militäretats besprochen. Bei der Mehrforderung für die Leistungen des Beurteilungstandes mit 5 Millionen wandten sich die Sozialdemokraten gegen die angebliche Ueberbahrung der Leistungszeit. Vom Regierungssicht wurde darauf hingewiesen, daß die Leistungszeit in Frankreich viel länger dauere als bei uns.

Aus dem Lande.

Stettin. — Wochenmarktbericht. Auf dem Wochenmarkt wurden folgende Preise erzielt: Landbutter pro Pfund 1,25—1,40 M., Tafelbutter pro Pfund 1,40—1,50 M., Landeier pro Stück 8 Pfennig, Küken pro Stück 7 Pf., 2 Stück 13 Pf., Milch pro Liter 22 Pf., Rahm pro Liter 96 Pf., Käse pro Stück 13—14 Pfennig, Kartoffeln pro M. 12—13 Pf., Weizen pro M. 28 bis 30 Pf., Spargeln pro Pfund 60—80 Pf., Franz. Kopfsalat pro Kopf 12—15 Pfennig, Meerrettich pro Stück 12—15 Pf., Marktverkehr lebhaft.

Unfall. Der Bädermeister Georg Früh stürzte in der Pforzheimer Straße mit dem Fahrrad und erlitt eine Gehirnerschütterung.

Rastatt. — Bürgerauschussführung. Am Donnerstagabend 7 Uhr fand im großen Rathsaal eine Bürgerauschussführung statt. Die Tagesordnung umfaßte nur einen Punkt und zwar: Die Befestigung des schienenlosen Bahnhofs. Nach eingehender Erörterung durch den Vorsitzenden Herrn Bürgermeister Henner wurde der gemeinderätliche Antrag nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Der Antrag lautet: Der Bürgerauschuss solle folgende Petition an den Landtag nach seiner Begründung seine Zustimmung geben: Eine hohe Zweite Kammer wolle ihren Standpunkt von früher beibehalten, sich für eine Unterführung aussprechen und die von der Groß-Generaldirektion beantragte Ueberführung ablehnen. Es wolle das hohe Haus, falls es nicht ohne weiteres eine frühere Stellung einnehmen sollte, durch einige Mitglieder der Budgetkommission einen Augenblick an Ort und Stelle vornehmen lassen.

Offenburg. — Ein Deserteur. Aus Frankfurt wird gemeldet: Ein Möbelräuber, der sich unter dem Namen Edwin Lange aus Karlsruhe eingeliefert hatte, entpuppte sich nach seiner polizeilichen Festnahme als der Deserteur Heinrich Mint, der sich vom badischen Infanterieregiment Nr. 170 in Offenburg entfremdet hatte. Er stahl dort ein Fahrrad und suchte dann das Weite. Er wurde ins Militär-Arztshaus eingeliefert.

Pforzheim, 3. Mai. Am Freitagabend stürzte der 58jährige Schlosser Ferdinand Kohl im Hause Tal 15 die Treppe vom 2. in den 1. Stock herunter und brach das Genick. Er gab bereits auf dem Weg nach dem Krankenhaus seinen Geist auf.

Pforzheim, 4. Mai. Hier wurden sieben Frauenpersonen unter dem Verdacht des Verbrechens gegen § 218 in Haft genommen.

Mannheim, 4. Mai. Auf der Straße brachte sich der berberische Mauer Epiderm aus Mannheim-Mederau einen Schuß in die Schläfe bei, der den Tod des Mannes herbeiführte. — Ein 20jähriges Dienstmädchen nahm in selbstmörderischer Absicht Benzin, um sich zu vergiften und wurde in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus gebracht.

Bühl, 4. Mai. Als gestern abend vier Damen und vier Herren aus Bühl in Altkirchener Pforten gingen, schoß plötzlich

ohne jeden Grund der 22jährige Heinrich Baumann auf die Gesellschaft zweimal hintereinander. Durch den einen Schuß wurde eine der Damen nicht unerheblich verletzt. Der Schütze wurde noch in derselben Nacht verhaftet. Der bedauerliche Vorfall hatte dann noch ein Nachspiel. Zu den Personen, die Zeuge der Schießerei waren, gehörte Musiklehrer Schmitt aus Pappelroden. Er erbot sich sofort, einen Arzt im Bühlertal zu rufen. Dabei geriet er zwischen einen Gartenpfeiler und das Auto des Arztes und zog sich dabei eine schwere Unterleibsverletzung zu.

Bühl, 3. Mai. In der hiesigen Station geriet die im Alter von 60 Jahren stehende Wilwe Wind von hier, welche mit einem Pilgerzug die Reise nach Lourdes mitmachte, durch eigene Unvorsichtigkeit zwischen die Eisenbahnräder des fahrenden Zuges und den Bahnsteig und wurde sofort getötet.

Freiburg, 3. Mai. Vor dem hiesigen Schöffengericht kam es vor einem Termin, in dem über die Beleidigungsklage eines Malermeisters gegen einen Kollegen verhandelt wurde auf dem Hausflur des Landgerichts zu einer regelrechten Prügelei, der erst von Schupheuten ein Ende gemacht werden konnte.

Mosbach, 3. Mai. Als der Weidmannsrichter Josef Schüfer seine Möbel einpackte, um nach Heidelberg überzuführen, wohin er veretzt worden war, fiel das zweijährige Knäblein in einem unbedachten Augenblick in den Stadtgraben und ertrank. Nach einer halben Stunde konnte die Leiche geborgen werden.

Soldatenhänderei.

Ueber unglaubliche Vorgänge hinter den Kasernenmauern des in Offenburg liegenden Infanterieregiments Nr. 170 wird uns von dort berichtet: Augen- und Ohrenzeugen teilen uns folgendes mit: Letzten Dienstag abends 5 Uhr gingen wir zu viert an der Ostseite der Kaserne vorbei. Wir hörten plötzlich das Brüllen eines Vorgezetzten: „Immer feste druff, feste druff, der Kerl soll sich wehren, der Hund, der Schweinehund, sich ihn tot, daß ihm die Gebärmere zum A — raushängen; dem Hund, dem Schweinehund!“ Dazu hörten wir das Klatschen der Bajonette. Durch die Ripen des Baumes sahen wir den Zurückweichenden und Angreifer, der eine Lag am Boden, der Sergeant stand höhnisch davor und sagte: „Jetzt will ich doch sehen, wie der Kerl verreckt! Zieht ihn hoch und schafft ihn ins Revier, der Kerl simuliert. Ich werde ihm drei Jahre Festung besorgen, daß er genug hat, der Hund...!“ usw. usw. Der Mann war blau im Gesichte, rang nach Atem und konnte sich nur mühsam auf den Beinen halten, er wurde abgeführt, er bot ein bedauernswertes Bild. Nun kam der nächste Refrut daran, zitternd vor Angst, vielleicht auch schwächlich, einen erfahrenen älteren Soldaten, als Gegner gegenüber. Klatschend hörten wir die Stöße, die doch nur der Refrut bekam. Wir zogen vor, das deutsche „Kulturbild“ nicht weiter mitanzusehen. Meine Begleiter und mehrere, die um uns herum waren, darunter junge, militärisch geübte Leute, konnten sich kaum beherrschen vor Aufregung angesichts dieser Viechereien. Empört über diese Kulturschande verließen sie den Schauplatz der Heldentaten dieses würdigen „Stellvertreter Gottes“.

Und um seine Ehre von solchen entmenschten, verrohten Patronen mißhandelt zu lassen, hat das deutsche Volk eine Milliarde auf den „Altar des Vaterlandes“ niedergelegt.

Mannheimer Mai-Fest-Woche 1914. Vom 8. bis 10. Mai findet in Mannheim eine Mai-Fest-Woche mit sportlichen, künstlerischen und volkstümlichen Darbietungen statt. Besonders hervorzuheben sind: Die dreitägigen Pferderennen, der Jubiläumss-Maimarkt, ein großer Illuminationsabend am Friedrichsplatz mit Brillantfeuerwerk in der Augusta-Anlage, ein italienisches Nachtfest in der Althof mit Mandolinenkonzerten, ein Kinderfest mit Ballonpost, eine Festschiffahrt der Detailgeschäfte (unter Mitwirkung der Leitung des Freien Bundes zur Einbürgerung der bildenden Kunst in Mannheim), Konzerte im Rosengarten und Friedrichsplatz, ein zweitägiges Musikfest (Wechobabend mit 175 Orchestermusikern und Chorlangzeit mit 1000 Sängern, Sonderausstellungen in der Kunsthalle und Festveranstaltungen im Hoftheater. Interessenten wird das genaue Programm der Festwoche vom Verkehrsverein Mannheim zugefandt.

Kommunalpolitik.

Bürgerauschussführung in Bretten. Letzten Samstag fand hier eine Sitzung des Bürgerauschusses statt, die nur mäßig besucht war. Der erste Punkt, Verkauf von Grundstücksparzellen, fand ohne Diskussion Annahme. Zum 2. Punkt, Erwerb von Grundstücken zur Verlegung des Abwasserkanals, wurde der Preis des Grundstücks zur Verlegung des Abwasserkanals auf hoch sei. Auch von den andern Fraktionen wurde der hohe Preis beanstandet, doch fand auch dieser Punkt Annahme.

Zu der letzten Bürgerauschussführung wurde der Ankauf des ehemals evangelischen Pfarrhauses genehmigt, das Gelände soll für ein Fremdenheim eingerichtet werden, doch sollen für die Instandsetzung nicht mehr als 2000 M. aufgewendet werden. Nun soll aber das Gebäude vorläufig nicht als Fremdenheim, sondern zu Mietwohnungen verwendet werden, weil hier 3. B. Mangel von 3-4 Zimmerwohnungen besteht. Es sind zu Umänderungen 3000 M. erforderlich, die in Punkt 4 der Tagesordnung angefordert werden und auch genehmigt wurden. Punkt 5 betr. Abgabe von Gas durch Automaten. Zu diesem Zweck sind voriges Jahr 5000 M. angefordert worden, jetzt benötigt die Gemeinde abermals 5000 M. Von unserer Seite wurde diese Anforderung bekräftigt, kommt doch das Gas auf diese Weise auch den Minderbemittelten zugute. Die hiesigen Spenglermeister sind darüber arg beschimpft, weil die Gasleitungen hierzu von der Stadt erstellt werden und den Meistern der Profit dadurch weggenommen wird. Der Handwerksrat Schneidermeister Scherer glaubt eine Lange für seine Kollegen brechen zu müssen, doch wurde von Bürgermeister Schemenau erklärt, daß die hiesigen Installateure bei Herstellung der Leitungen 70 Prozent teurer sind, als die Herstellung durch die Stadt kostet. — Die Einrichtung der elektrischen Leitungen im städtischen Gebiete sowie Abänderung der Satzung der städtischen Sparkasse. Weitere Punkte, fanden ebenfalls Annahme.

Die Bürgerauschusswahlen in Pforzheim. Eine Mitgliederverammlung der Fortschrittlichen Volkspartei beschloß, bei den Gemeindevahlen selbständig vorzugehen. Der Vorstand vertrat in seiner Mehrheit eine entgegengesetzte Ansicht.

Bau einer Wasserleitung in Neudorf. Der Bürgerauschuss von Neudorf beschloß den Bau einer Wasserleitung. Die Kosten werden auf 160 000 M. geschätzt. Davon sind 73 000 M. aus Sparkassenüberschüssen, außerordentlichen Einnahmen u. a. vorhanden. Der Rest soll durch eine Anleihe aufgebracht werden.

Eine Ehrung des Bürgermeisters Dietrich. Der Gemeinderat von Pehl hat in seiner letzten Sitzung beschloßen, in Anerkennung und Würdigung der großen Verdienste, welche sich der frühere Bürgermeister und jetzige Oberbürgermeister von Konstanz, Hermann Dietrich, um die Stadt Pehl erworben hat, eine Straße „Hermann-Dietrich-Straße“ zu benennen. — Der neugewählte Bürgermeister Dr. Reich wird am 5. Mai sein Amt hier antreten.

Extraverkauf der auf unserer abermaligen Einkaufsreise erworbenen enormen Posten neuester Damen-Konfektion

Ein Posten **Sport-Jackets**, wunderschöne, meist reinwollene Jacken in allen modernen Farben, jugendliche aparte Fassons regulärer Wert 17-20 Mk. Durchschnittspreis **9.75**

Eine Part. **Popeline-Paletots**, schöne, reich-garnierte, reinwoll. Mäntel in ¼ und ganz lang, schöne Modifarben 14.75 **18.75**

Eolienne-, Moiré- und Seidenpaletots, schwarze, lange, halblange und kurze Fassons 46.00 89.50 **32.00**

Schwarze Alpaccapaletots, gute Qualität 23.50 **16.70**

Ein Riesenposten **Kostüme** unerreicht billig.

Serie I regul. Wert 22-40 M in guten reinwoll. Kammgarn- und Coteléstoffen, neueste Blusenfassons u. schottisch. Garnitur Durchschn.-Preis 19.75	Serie II gute Schneider-Kleider, in schwarz u. marine Coteléstoffe u. schöne Fantasie-stoffe Durchschn.-Preis 26.50	Serie III und IV regulärer Wert 60-85 M, aparte Schoss- u. Tunika-kleider in bester Verarbeitung für verwöhntesten Geschmack Durchschn.-Pr. 36.00 und 48.00
---	--	---

Eine Partie **Moiré-Jackets**, neueste Schoss-Fassons, auch in Eolienne, die grosse Mode 19.75 **14.75**

Frotté- und Leinen-Kostüme in grosser grosser Auswahl, aparte neue Schossfassons 34.00 23.50 **15.25**

Tailenkleider in Wolle und Woll-mousseline, reiz. Neuheit 26.50 19.75 **16.75**

Frotté-Kostümröcke, weiss, ecru und farbig 8.75 6.50 **4.90**

Pepita-Kostümröcke, klein kariert, Schossfassons 12.75 9.75 **7.50**

Ein Riesen-Posten **Blusen** in weiss Voile, Crêpe, Wollmouss., Seide etc. enorm billig. unerreichte Auswahl.

788

Sensationell billig

Hirt & Sick Nachflg.

Mitglied des Rabatt-Sparvereins

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die trau-
rige Nachricht, dass unser lieber Gatte und Vater

Christian Tschumi

heute früh 8 Uhr, im Alter von 69 Jahren, von seinen
schweren Leiden durch den Tod erlöst wurde.

Um stille Teilnahme bittet
Karlsruhe, 4. Mai 1914

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

E. Tschumi.

Die Einäscherung findet Mittwoch vormittags
11 Uhr statt. 798

Trauerhüte

L. Weingand, Mühlburg, Philippstrasse 1.

Putzen Sie Metalle nur mit
Putz-Globus Extrakt
Der Glanz hält am längsten!

oder
Geolin
dem besten
flüssigen Metallputz

Überall zu haben.

Arb.-Gesv. Gleichheit **Gefangverein Gleichheit**
Karlsruhe.
Unsere halbjährige 801
Generalversammlung
findet am Samstag den 9. Mai im
Lokal statt. Anträge hierzu müssen bis
Freitag eingereicht sein.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

COLOSSEUM

Gastspiel Praugs Köiner Bühne

Tägl. 8 ¼ Uhr Der 807

Millionenrekruit.

Karlsruhe lacht Thränen!

Ab Freitag: „Madame Knaster“.

Zur grossen Reinigung im Schlafzimmer! Kluge Hausfrauen

Lassen ihre schweren, unbeholfenen und staubigen Polstermöbel oder
minderwertigen Kettenmöbel in den leichtesten, reinlichsten und staub-
freien 699

Karrers Patent-Sprungfeder-Rost

umbauen, denn er bietet ausserdem eine vorzügliche, gesunde
Ruhestätte und ist von unbegrenzter Haltbarkeit (Patentamtlich
geprüft).

Heinrich Karrer, Möbelhandlung,

Philippstrasse 19 Telefon 1659
Neuanfertigung, Um- und Aufarbeitung sämtlicher Polsterwaren.

Morgen und über- morgen Ziehung

der Münzberger Geldlose à 3 M.
Mannheimer u. Bad. Kreuz
und Darmstädter Lose à 1 M.
bei mehr billiger, so lange Vorrat.

Carl Götz,

Sebelstrasse Nr. 11-15.
beim Rathaus. 856

Bett, komplett 25 und 30 M.,
Küchenschrank 10 M., Tisch,
Weller- u. andere Kommoden
Regulateur sehr billig. 187
Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

Fahrrad

gut erh., mit Freilauf
und Rücktritt, billig
abzugeben. Schützenstr. 9, IV. r.

Modern, graues, engl. Jaden-
stoffm., Gr. 44-46, 10 M., buntes
braunes engl. Jadenstoffm. 15 M.,
blaues Prinzess-Luchkleid 8 M.,
zweifarb. schöne Sommerprinzess-
kleider St. 6 M., schönes Watinee
2 M., fast neuer engl. Knaben-
Anzug, neue Korsetten, gute Qua-
litäten, hoch u. nieder, von 2 M. an,
angetrübte Korsetten weit unter
Preis, schöne englische Bettstelle
mit Patentrost, besseres Vertiko,
Knaben-Lieberzieher f. 12 jährig.,
schöne Herrenstiefel, Gr. 44-46,
zu 4 M. 805

Damenfahrrad

(Stöwer-Greif) und Pfaff-Mäh-
maschine, sehr gut erhalten,
billig zu verkaufen. 187
Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

Drucksachen

fertigt an
Buchdruckerei Volkstreuend.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 1.-4. Mai: Ilse Maria, B. Friedrich
Calmbach, Kaufmann. Lieselotte Marie Mathilde Zimgard, B.
Ing. Gebhard, Kunstmaler. Maria Johanna Katharina, B. Karl Roth,
Obergärtner. Hans Joachim Walter, B. Hans Wendel, Stabsarzt.

Todesfälle vom 2.-3. Mai: Maria Koch, alt 48 Jahre,
Ehefrau des Reichenden Friedrich Koch. Franziska Ditter, alt
58 Jahre, Witwe des Amtsherrn Franz Ditter. Karoline Schäfer,
alt 78 Jahre, Witwe des Marktaufsehers Oswald Schäfer.
Christine Schäfer, alt 61 J., Ehefrau des Schneiderrmstr. Karl Schäfer.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Zahlstelle Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Wir sehen unsere Kollegen in Kenntnis, dass das
langjährige Mitglied

Christian Tschumi, Parkettleger,

gestorben ist. 840

Ehre seinem Andenken!

Die Feuerbestattung findet am Mittwoch, den
6. Mai, vorm. 11 Uhr, im Krematorium statt.

Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Gestern Sonntag verschied nach langem, schwerem
Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel
und Neffe

Franz Schaaß

im Alter von 22 Jahren.

Um stilles Beileid bitten
Karlsruhe, Eschbach, Straßburg, 4. Mai 1914.

Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Schaaß
Mathilde Walter, geb. Schaaß
Adam Walter
Marie Wegel, geb. Walter
Josef Wegel.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 5. Mai
1914, abends 6 Uhr von der Friedhofkapelle
aus statt.

Trauerhaus: Hauptredtstraße 26. 795

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, dass der Kollege

Franz Schaaß

nach längerer Krankheit im Alter von 22 Jahren
gestorben ist.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 5. Mai,
abends 6 Uhr auf dem Karlsruher Friedhof statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht

797

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Von Montag, den 4. bis Dienstag, den 12. Mai

Aussteuer-Artikel und Baumwollwaren:

zu Extra-Preisen!

Günstige Gelegenheit für Brautleute und Hotels, sowie zu Neuanschaffungen und Ergänzungen im Haushalt :- :-

Bei Abnahme von ganzen od. halben Stücken tritt eine weitere Ermässigung ein.

Ca. 10 000 Meter Elsässer und Ettlinger Baumwolltücher

Cretone, Renforcé, Madopolam, Masoo, 80/84 cm breit Mtr. 22, 28, 36, 48, 55, 68

Halbleinen, gebleicht
80/82 cm breit Mtr. 55, 65, 85
150/160 cm breit Mtr. 85, 1.10, 1.40
200 cm breit Mtr. 1.75, 2.15, 2.50

Poröse Wäschestoffe
weiss und beige Mtr. 80, 90, 1.05

Handtücher
farbig, Stückware Mtr. 13, 19, 28
gebleicht, Stückware Mtr. 18, 30, 48

Waschechte Kleiderzeuge
90 cm breit Mtr. 58, 70, 80, 95

Satin für Kleider, Blusen und Schürzen
75/80 cm breit Mtr. 58, 70, 80, 95

Blaudruck, waschecht
80 cm breit Mtr. 56, 60, 65

Tischwäsche in besten Qualitäten

Bettfedern, doppelt gereinigt
per Pfd. 1.25 1.90 2.30 3.- 3.80 4.70

Damast-Brocät
gebleicht, 130 cm breit Mtr. 68 95, 1.40 1.80

Echtrote Damaste
130 cm breit Mtr. 95, 1.25 1.60

Bedruckte Bettdeckungen
80/82 cm breit Mtr. 35, 48, 60
190 cm breit Mtr. 65, 80, 95

Echtfarbige Bettzeuge
80/82 cm breit Mtr. 42, 52, 60

Bettbarhent und Drell
120 cm breit, waschecht Mtr. 65, 80, 1.05
190/130 cm breit Mtr. 95, 1.35 1.60

Neglige-Damaste
82/84 cm breit Mtr. 30, 48, 63

Schürzenstoffe
für Blusen und Hemden, beste waschechte Qualitäten Mtr. 28, 35, 45, 58

Doppelcöper
vorzögl. Qual. Mtr. 55, 60, 75, 80

Sportflanelle
für Blusen und Hemden, beste waschechte Qualitäten Mtr. 28, 45, 55, 75

Kapok - Rosshaar - Steppdeckenwolle.

Fertige Betten
bestehend aus Deckbetten und 2 Kissen

4 Spezialgarnituren
L 18.75 II 25.60 III 32.80 IV 39.00

Matratzen, je nach Grösse und Füllung
Seegrass, Wolle, Kapok, Rosshaar
#4.80 7.00 10.35 13.75 22.80 34.00 60.00

Bett-Wäsche
Grosse Posten Kissenbezüge weit unter Preis!

Kissenbezüge, gebogt 75
extra schwere Qualität 1.15
Kissenbezüge mit Hohlsaum 1.35
Kissenbezüge, gebot und mit Hohlsaum 1.75
Kissenbezüge mit Stickereinsatz und Falten 2.10
Damast-Bezüge 3.25 5.75
Unterleintücher 2.50 3.30
Oberleintücher 3.50 4.75

Damen-Wäsche 789
8 besonders vorteilhafte Serien

Hemden, Beinkleider und Untertailen
zum Ausschuchen

Serie I 1.25 Serie II 1.75 Serie III 2.75

Frottier- und Badetücher
50, 95, 1.20 1.80 2.70 3.90

Steppdecken, Schlafdecken.

W. Boländer, Kaiserstrasse 121.

Soz. Verein Karlsruhe.

Mittwoch den 6. Mai, abends halb 9 Uhr, findet in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstrasse 13

Parteiversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion.
2. Aufstellung von Kandidaten zu den Erneuerungswahlen zum Bürgerausschuss und zum Stadtrat.
Wir ersuchen um zahlreichem Besuch. 762
Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Von Montag, den 4. Mai bis mit Samstag, den 9. Mai 1914 wird in nachstehenden Straßen die mechanische Reinigung des Wasserrohrnetzes sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen:

Marktstrasse **Sedanstrasse**
Hiederstrasse **Grünwinklerstrasse**
Gardstrasse **Kriegstrasse**
Lamenstrasse **Kaiserstrasse** westlich der
Gonellstrasse **Karlstrasse** 792

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Erübungen des Wassers auch in entfernteren Wasserleitungen nicht ganz vermeiden; außerdem ist das Ausbleiben des Wassers während dieser Zeit, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, in dem ganzen Stadtgebiet nicht ganz ausgeschlossen.
Ferner machen wir insbesondere darauf aufmerksam, daß bei Benutzung von Badewannen entsprechende Vorsicht angewendet werden muß. Es empfiehlt sich dringend, darauf zu achten, ob dem in Benutzung genommenen (benutzenden) Badewannen auch tatsächlich Wasser entströmt; beim Ausfließen des Wassers ist sofort die Heizung abzustellen bzw. der Gashebel zu schließen.
Von dem bei dieser Arbeit notwendig werdenden gänglichen Abstellen der Wasserleitung in den einzelnen Straßen werden wir den betreffenden Wasserabnehmern vorher besonders Kenntnis geben.
Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Persil

Das selbsttätig Waschmittel für Hauswäsche!

Mankel's Bleich-Soda

Salami

gute harte Ware aus nur prima Rind- und Schweinefleisch
1 Pfund Mk. 1.30
bei 10 " à Pfund " 1.25
100 " " " 1.20
empfiehlt solange Vorrat 707
Otto Schenk, Durlach, Hauptstr. 84.

Die Wahrheit

Kein Reklameverkauf
Kein Propagandaverkauf
Keine sogenannten Serienverkäufe
Keine Ausnahme-Tage
Keine 95 Pfg.-Tage 790
Keine Sonder-Tage

aber jederzeit, während des ganzen Jahres Verkauf nur guter gediegener Waren zu möglichst billigen Preisen ist oberster Grundsatz eines jeden Spezial-Geschäftes.

Rabatt-Spar-Verein Karlsruhe | **Detailisten-Vereinigung von Karlsruhe**

Carl König

Dentist
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen. 2885

Cravatten

Entzückende Neuheiten finden Sie stets in reichhaltiger Auswahl im **Kaufhaus Zapf**
Zell a. H.

Herren- und Damen-Kleider

reintigt und färbt billig
Färberei Firnrohr,
Ritterstrasse 28. 258

Günstigste Gelegenheit für Brautleute

2 pol. engl. Bettstellen mit Patentrollen, schöne Polster und steifen Vollmatratzen, Nachtschub und Nachtschub mit hohem Marmor- und Spiegelauflage, 1 doppelt. Spiegelkasten, 1 Vertiko mit Spiegel, 1 Plüschdiban, 1 Zimmertisch, 4 Hochstühle, 1 Küchentisch, 1 Küchensitz und 2 Stühle, ist um den bill. Preis von nur 485 Mk. abzugeben im 568

Möbel- u. Bettenhaus der Weststadt, Sofienstrasse 85. Rabatmarken.



NICHI HUSIEN
Schützen Sie sich vor Hühnerpest, Cholera, Typhus durch Wischen, Abwischen, Erhitzen in allen Apotheken u. Drogerien an Preis 0/Originalschachtel 1/10

Die billigste Quelle
in getragenen Anzügen, Schuhe, Leberzieher v. 4 Mk. an, Mäster etc. sowie beste Gelegenheitskäufe in Schuhwaren findet man in dem **Arnold Schap**, 38, Jähringerstrasse Nr. 38.

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.

Am Donnerstag, d. 7. Mai, abends halb 9 Uhr, in der „Gewerkschaftszentrale“

Vertreter-Versammlung

Tagesordnung:
1. Innere Angelegenheiten.
2. Abrechnung vom 1. Quartal 1914.
3. Stellungnahme zu den Wahlen der Arbeiter-Vertreter b. Versicherungskass.
Um pünktliches Erscheinen der Vertreter ersucht 800
Die Kartellkommission.
Größerer Arbeiter-Gesangverein der Weststadt sucht tüchtigen

Dirigenten.

Offerten unter Nr. 803 an die Expedition des „Volksfreund“ erbeten.

Schneidergehilfe für Groß- u. Kleinstück per sofort gesucht. **Adolf Sand, Näppur, Bönenstr. 12.**

Schachtelherstellung.

Wir haben die Herstellung von Wasserleitungsschächten in Stampfbeton zu vergeben. Zeichnungen und Bedingungen liegen auf dem Geschäftszimmer Nr. 22 unseres Verwaltungsgeschäftes, Kaiserallee 11, III St., zur Einsicht auf, woselbst auch Angebotsformulare erhältlich sind. Verschlüsselt und mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote wollen bis spätestens 783 Freitag den 8. Mai ds. J., vormittags 10 Uhr, bei uns eingereicht werden. Karlsruhe, den 2. Mai 1914. Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

HERDE



in Email und schwarz lackiert, erstkl. Fabrikate. Billige Preise. Teilzahlung gestattet. 699

A. Schwinn, Steinstraße 25
Teleb. 8573 am Adellplatz

Bolks Schuhreparatur

36 Waldhornstrasse 36
Ede Marktgrafenstrasse
früher Jähringerstrasse 19.
Nehert sämtliche Arbeiten in bekannt guter Qualität.
Herren-Sohlen und Abfüge Mark 3.00
Damen-Sohlen und Abfüge Mark 2.10.
Auf jede Reparatur kann gewartet werden. 741

Verkaufe und Kaufe

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Jagdgewehre, Pfandscheine, Möbel, Reiseleiter.
Erstes größtes Antiquar- u. Verkaufsgeschäft Levy
Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.



Der Vater Erdal Schuh-Creme lobt Viel Sport er, seit er sie erprobt!

Der Einkäufer von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganzen Satz von 25 ABC-Richtlinienmarken von der Erdal-Fabrik in Mainz.

Die der W... liberal... Der 3... gegen... freund... losoph... sie ver... suchte... ligions... u m... hielt... nen so... temif... kanten... einer... biet de... Gegen... juand...
Pro... An... missäre... Ein... Staats... stellung... A d j... haben... Wädern... Wehpl... grenze... For...
Ab... macum... daber... schnell... sind. A... moralis... Sozial... Kultur... jehige... bringt... Entrog... wir ein... nung b... auf sol... könnte... treten... richt... sympat... nicht... sprach... Erfüllu... der Ein... zu mil... und S... Wichtig... tritt do... keine F... gung... betrach... einem... anders... gang b... Erzieh... die Sch... erster... Erzieh... eingegr... schulbi... ablehne... der Sch... chenmu... muß die... der Fre... Befahre... und nic... dung b... werden... fiden G... be wo e... mahen... nern... die Aut... gepflegt... sollte d... gen die... im Jen...
Ab... hin... ben... wurde,